

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Eine Bilanz der polnischen Landwirtschaft für Herbst 1933.
 Polen und der Donauraum.
 Die österröisch-polnischen Handelsbeziehungen.
 Ostland-russische Handelsvertragsverhandlungen?
 Schling als Hafen für die Fischschifffahrt.
 Abgang der polnischen Frachterregenerfahr von Hamburg nach Ostingen.
 Möglichkeiten polnisch-norwegischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Seefahrt.
 Regulierung der landwirtschaftlichen Verfassung durch Abtretung von Land für Siedlungsgebiete.

Eine Bilanz der polnischen Landwirtschaft Herbst 1933.

Bei der Tagung der polnischen Landwirtschaftskammern und landwirtschaftlichen Organisationen am 14. Oktober 1933 erstattete Dr. Janta-Polczynski, der 1930—1932 (bis März) das polnische Landwirtschaftsministerium verwaltet hat, ein ausführliches Referat über die heutige Lage der Landwirtschaft Polens, verglichen mit ihrer Lage in dem Wirtschaftsjahr 1930—1931. Der eindrucksvolle Bericht führte u. a. aus:

Wenngleich genaue Statistiken über den Wert des Ertrisses der Landwirtschaft aus dem Absatz ihrer Erzeugnisse nicht vorhanden seien, ließe sich die Höhe ihrer Einkünfte immerhin annähernd bestimmen, wenn man die Angaben der Eisenbahnverkehrsstatistik, sowie die Schätzungen über den Verbrauch der polnischen Stadtbewohner an Agrarprodukten und schließlich die Zahlen der Ausfuhrstatistik zu Hilfe nähme. Für Roggen ergäbe sich z. B. folgende Rechnung:

Die Roggentransporte im Inneren Verkehr 1932 betragen 322 088 t. Dies sei wohl nur der Verbrauch der Großstädte gewesen, da die kleineren Städte vorwiegend durch Fuhrwerke beliefert würden. Der Gesamtverbrauch sei also anzunehmen mit 716 000 t zu 164,30 Zloty = 117 600 000 Zloty dazu Wert der Roggenausfuhr 1932—1933. 38 131 000 „
 dazu Wert der Ausfuhr von Roggenmehl
 1932—1933 2 738 000 „

Insgesamt 158 469 000 Zloty
 dagegen Einkünfte 1930—1931 276 504 000 Zloty

Entsprechende Rechnungen folgen für: Weizen, Gerste, Hafer, Erbsen, Bohnen, Kartoffeln, Zuckerrüben, Hopfen, Flachs, Hanf, Gartenerzeugnisse, Pferde, Rindvieh, Vögel, Nollkreisprodukte, Schweine, Schafe, Geflügel, Eier und Fische.

Es ergäbe sich also folgende Zusammenstellung der mutmaßlichen Verkaufserlöse der polnischen Landwirtschaft 1932—1933; verglichen mit den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 1930—1931:

	1932—1933	1930—1931
Roggen	158 469 000	276 504 000 Zl.
Weizen	178 542 000	181 679 000 „
Gerste	56 808 000	84 106 000 „
Hafer	18 880 000	55 236 000 „
Erbsen, Bohnen	22 618 000	26 027 000 „
Kartoffeln	65 251 000	119 889 000 „
Zuckerrüben	94 840 000	206 523 000 „
Hopfen	2 340 000	3 170 000 „
Flachs, Hanf	10 490 000	13 396 000 „
Gartenerzeugnisse	82 804 000	100 000 000 „
Pflanzliche Erzeugnisse	692 922 000	1 066 500 000 Zl.

	1932—1933	1930—1931
Pferde	14 737 000	35 858 000 Zl.
Rindvieh	114 723 000	248 864 000 „
Nollkreisprodukte	143 054 000	236 389 000 „
Schweine	301 111 000	452 210 000 „
Schafe	3 536 000	6 530 000 „
Wolle	2 520 000	3 750 000 „
Geflügel	32 303 000	47 271 000 „
Eier	63 237 000	139 812 000 „
Fische	23 926 000	39 436 000 „
Animalische Erzeugnisse	699 237 000	1 210 120 000 Zl.
übrige Erzeugnisse (Wuchmelzen, Saaten, Stroh ufm.)	60 000 000	100 000 000 „
Gesamterlös	1 451 259	2 376 620 000 Zl.

Bei Berücksichtigung anderer Rechnungsmethoden könnte man den Verkaufserlös der polnischen Landwirtschaft für 1932 bis 1933 auf rund 1600 Millionen Zloty ansetzen. Es sei also nicht verwunderlich, daß eine frühere Berechnung der Wirtschaftsergebnisse kleinerer Betriebe (Sonderkreis in der amtlichen Zeitschrift „Rolnictwo“) folgende Entwicklung der Rentabilität der polnischen Landwirtschaft ermittelt habe:

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33
Brutto-Ertrag pro ha	542	610	585	499	379	283 Zl.
Aufwand pro ha	399	400	436	395	352	290 „
Nettoertrag pro ha	143	210	149	104	27	— 7 „
Brutto-Ertrag pro 100 Zl. Aufwand	135,8	152,5	134,2	126,3	107,7	97,9 „
Vergütung des Betriebkapitals	5,79	6,75	4,28	2,82	0,67	— „

Die Hilfsmittelrahmen der polnischen Regierung für die Landwirtschaft seien also durchaus begründet; wenn sie trotz des hohen und für Polen sehr beschwerlichen Aufwandes den Niedergang der landwirtschaftlichen Rentabilität nicht hätten verhindern können, so sei der wichtigste Grund für diese katastrophale Entwicklung die internationale Entwicklung, die fast überall Beschränkungen der landwirtschaftlichen Einfuhr gestattet habe.

Der Bericht erwähnt die Einfuhrbestimmungen verschiedener Länder und verweist ausführlicher bei den Schwierigkeiten für die polnische Ausfuhr von Tiererzeugnissen. Das beste Beispiel böte hier die Entwindung der polnischen Baconausfuhr. Die Ausfuhr Polens habe sich lawinenartig dem englischen Markt zugewandt und dort einen bedeutenden Preisrückgang hervorgerufen (dazu komme seit 1931 die Einfuhrkontingentierung). Infolgedessen habe Polen erzielt:

1930 für 243 842 dz Bacon	71 525 000 Zl.
1932 „ 535 084 „	72 212 000 „

Polen sei gegenüber der allgemeinen Marktsituation machtlos und könnte trotz aller Förschläge nur immer wieder versuchen, durch internationale Vereinbarungen die Exportschwierigkeiten zu beheben, u. a. durch künftige Wiederholung der alten Forderung des osteuropäischen Agrarblocks, daß diesen Staaten die Zahlung ihrer Schulden durch Warenlieferungen, insbesondere durch den Absatz ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse, ermöglicht werden müsse.

Es hätte keinen Sinn, hier feste Vorschläge zur Behebung der Notlage der polnischen Landwirtschaft zu machen, das agrar-

rische Hilfsprogramm müsse sich der Gesamtentwicklung, die noch völlig unübersehbar sei, anpassen.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 245, 25. 10. 1933.]

Zur Ergänzung dieser Ausführungen über die Not der polnischen Landwirtschaft sei noch verwiesen auf einen anderen Aufsatz, in dem recht ausführlich die Wirtschaftsschönung eines kongresspolnischen Ausbetrages von 1000 Morgen (wovon 600 Morgen Weizen) dargestellt wird. Bei mühevoller Bewirtschaftung habe dieses Gut für das Wirtschaftsjahr 1932–1933 einen Brutto-Ertrag von 30 617 Zloty, einen Reinertrag von 2 703 Zloty (ohne Berücksichtigung der Zinsen) ausgewiesen. („Gospodarka Narodowa“ Nr. 20 (15. 10. 1933), S. 314–315.)

Polen und der Donauraum.

Über die Stellung Polens zu den verschiedenen Plänen einer wirtschaftlichen Veranordnung des Donauraumes erklärt Dr. T. Lichowski, der als Leiter der Vertragsabteilung im polnischen Handelsministerium möglichen Einfluß auf die derzeitigen Wirtschaftsverhandlungen Polens befragt (vergl. Nr. 1, S. 3*), in der Zeitschrift des Zentralverbandes der polnischen Industrie („Leczenie“):

Eine Übersicht der bisher vorgebrachten Pläne („Anschluß“, Tarleue- und Benes-Plan, italienisches Projekt) zeige, daß Polen in ihnen stets übergangen werde, und es erhebe sich die Frage, ob und wie diese Auslassung Polens sich mit den Grundgedanken der polnischen Handelspolitik vereinbaren lasse?

Polens Ausfuhr nach den fünf Donauländern habe 1929 wertmäßig 20,2 % der polnischen Gesamtausfuhr betragen gegenüber 31,2 % für die Ausfuhr nach Deutschland, 10,3 % für die Ausfuhr nach England. Seither habe sich die Struktur der polnischen Ausfuhr ganz erheblich geändert: Deutschlands Anteil sei bis 1932 auf 13,2 % der Gesamtausfuhr gesunken, der Anteil Englands auf 16,4 % (Januar–Juli 1933 gar 20,5 %) gestiegen. Der Anteil der Donauländer sei bis 1932 auf 21,8 % (Januar–Juli 1933 sogar 13,4 %), auf die Hälfte des früheren Anteils, gesunken. Dieser Rückgang sei vornehmlich die Folge des Sinkens der polnischen Ausfuhr nach den Industrieländern Österreich und der Tschechoslowakei; die Umsätze mit den Agrarstaaten Rumänien, Ungarn und Südslawien seien stets unbedeutend gewesen. Es müsse also festgestellt werden, daß „bevor es noch zu irgendwelchen dauernden politisch-wirtschaftlichen Veränderungen im Donauraum kam, wir von den dortigen Märkten schon fast ausgeschlossen waren.“ Allerdings gewähre diese Lage Polens mindestens die „negative Garantie“, daß jede Veranordnung, die Polen übergebe, gegenwärtig keine bedeutendere Erschütterung für die polnische Ausfuhr bewirken könne.

„Kann aber Beschränkung auf eine solche Feststellung, ruhiges Abwarten auf endgültige Liquidierung unserer Ausfuhr nach Südosten von uns als Leitgedanken unserer Politik gegenüber den bevorstehenden Veränderungen in diesen Gebieten angenommen werden? ... entscheiden nicht.“

Von den bestiegen Schwierigkeiten infolge der Krise ganz abgesehen, wisse Polen zwar, daß für längere Zeit die Agrarstaaten des Donauraums als Abnehmer polnischer Industrieprodukte ausfielen, weil Polen ihnen weder Kredite einräumen noch ihre Agrarprodukte als Gegenwert annehmen könne, daß auch die polnische Agrarausfuhr nach der Tschechoslowakei und Österreich Schwierigkeiten antreffen werde, da diese Staaten wegen ihrer Finanznöte die eigene Landwirtschaft stützen müßten. Wenn also Polen in der nächsten Zeit keine Besserung seiner Ausfuhr erwarten könne, so bedeute das noch keineswegs, daß es sich mit dauerndem Ausschluß von diesen Märkten — der unumkehrlichen Folge dieser Pläne — einverstanden erklären könnte.

Ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der Nachfolgestaaten würde aber überhaupt, unbekümmert, ob mit oder ohne Stützung auf Italien, der Logik der realen Tatsachen nicht standhalten. Bekanntlich können Überschüsse Rumäniens, Ungarns und Südslawiens nicht aufnehmen, und erst der deutsche Markt könnte — natürlich erst, wenn Deutschland auflöhren würde, die Entwicklung seiner Agrarproduktion zu forcieren — für diese Überschüsse ausreichen. Die Kombination mit

Deutschland ist politisch unmöglich, da sie die Keime unüberhebbarer politischer Konflikte in sich birgt. Auch wirtschaftlich schließt ... die Agrarpolitik der Hitler-Regierung diese Möglichkeit aus. Mehr noch die industrielle Expansion Österreichs und der Tschechoslowakei verläuft in verschiedenen Richtungen, und zwar nicht nur nach den agrarischen Donauländern. Es wäre also sehr zu bezweifeln, ob die Tschechoslowakei und Österreich einverstanden wären mit der Übernahme sämtlicher Konsequenzen eines vielseitigen Donau-Präferenzvertrages, der sich unbedingt auf einen Sturz ihrer Industrie-Ausfuhr nach ... (den übrigen Staaten) auswirken müßte.

Vom speziell polnischen Standpunkt muß jede politische und Handelskombination an der Donau ohne unsere Beteiligung unserer aller-schärfsten Veto hervorruhen. Wir haben durch den Präferenzvertrag mit Österreich vom 1. 3. 1933 bewiesen, daß wir ein an der Hilfe für diese Staaten mitwirkender Faktor sein können, falls man uns dies nur erlaubt. Eine Reihe von Staaten, die bei uns die Meistbegünstigungsklausel genießen, zieht es gegenwärtig vor, den formalen Standpunkt einzunehmen — und protestiert. Wir haben das Unsrige getan und denken nicht daran, uns infolge fremder (wie gesagt, formal begründeter) Proteste von der Mitarbeit, zu der wir meritorisch voll berechtigt sind, ausschalten zu lassen. Entsprechend der Normalisierung der politischen Verhältnisse im östlichen Teil Europas, der Auskrystallisierung der ... Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten im Westen, wird es klar, daß Polen für seine Agrar- und Rohstoffexpansion auf den „nördlichen Fächer“ (Großbritannien und Skandinavien), sowie auf Österreich und die Tschechoslowakei rechnen kann, während für unsere Industrie-Ausfuhr auf längere Sicht stets Sowjetrußland und die Agrarstaaten Südosteuropas in Frage kommen werden.

Würde es sich um vorübergehende „Krisenverträge“, die den Schwierigkeiten der Donauländer durch deren gegenseitige Kooperation abhelfen könnten, handeln, so könnten wir leichten Herzens beiseite stehen. In dem Augenblick aber, wo sich die Pläne dauernder Statuten abzeichnen beginnen, fängt die Frage an, uns — und zwar im höchsten Grade — zu interessieren ...

Besonders wichtig ist für die Sicherung unserer Interessen auf dieser Ebene die Aufrechterhaltung der gemeinsamen politischen Linie mit Frankreich, das — ebenso wie wir — sich nicht nur dem österreichisch-deutschen Anschluß (und seinen unvermeidlichen Konsequenzen für die Agrarstaaten an der Donau), sondern auch allen aus Rom kommenden Plänen widersetzt ...

Dabei sei es sehr zu begrüßen, daß bei dem letzten Pariser Besuch des polnischen Außenministers Beda über diese Frage zwischen Frankreich und Polen völlige Einigkeit erzielt worden sei. („Przegląd Gospodarczy“ Nr. 19 (1. 10. 1933), S. 600–603.)

Gekürzte Wiedergabe dieser Ausführungen auch in der offiziellen „Gazeta Polska“ (Nr. 285, 15. 10. 1933).

Die österreichisch-polnischen Handelsbeziehungen.

Anfänglich der Unterzeichnung des österreichisch-polnischen Handelsvertrages vom 12. 10. 1933 (Inhaltsangabe „Gazeta Polska“ Nr. 288, 18. 10. 1933), des ersten großen Handelsvertrages unter dem neuen polnischen Zolltarif, hat die polnische Presse verschiedentlich die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern erörtert. („Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 244, 24. 10. 1933.) Im ausführlichsten behandelt sie der frühere Handelsminister Klarner, der derzeitige Präsident der Warschauer Industrie- und Handelskammer (auch Präsident des kürzlich entstandenen Gesamtverbandes der polnischen Handelskammern), der dazu u. a. ausführt:

Beide Staaten könnten sich infolge ihrer verschiedenartigen Wirtschaftsstrukturen (Polen sei vorwiegend agrarisch, Österreich mehr industriell) vortrefflich ergänzen, und seien daher gleichermäßen an der Aufrechterhaltung enger Handelsbeziehungen interessiert. Österreich sei genügend Agrarprodukte und Brennstoffe einzuführen, Polen sei trotz seiner eigenen Industrie ein auf-

nahmefähiger Markt für die österreichische Industrie. Die Handelsumfänge hätten sich in den letzten fünf Jahren stets für Polen aktiv gehalten, und zwar hätten die Umsätze betragen:

	1928	1929	1930	1931	1932
Ausfuhr Polens	311,4	294,7	227,1	174,7	86,2 Mill. Zl.
Einfuhr Polens	221,0	181,3	127,5	74,9	37,7 „
Saldo	+ 90,4	+ 113,4	+ 99,6	+ 99,8	+ 48,5 „

Im 1. Halbjahr 1933 habe Polens Exportüberschuß nur 9,7 Millionen Zloty (gegen 32,7 Millionen Zloty im 1. Halbjahr 1932) betragen, da der Export Polens nach Österreich schneller als die polnische Ausfuhr aus Österreich gefallen sei. Der Grund dieser Erscheinung sei vor allem zu suchen in den — vorwiegend durch die österreichischen Finanznöte bedingten — Beschränkungen der Einfuhr durch Österreich, die gleichzeitig als Handelsobjekt zur Eriderung von Exportkontingenten für die österreichische Industrie verwendet worden seien.

Der Export Polens nach Österreich sei ein wenig differenzierter Export von Massengütern (Wiedzußprodukte und Kohle) stellen allein 70—80 %, er sei daher ungewöhnlich empfindlich für alle Einfuhrbeschränkungen gewesen. Wie wichtig Österreich als Abnehmer von Wiedzußprodukten gewesen sei, sei daraus ersichtlich, daß in der Zeit von 1929—1932 rund 60—80 % der Schweine-Ausfuhr nach Österreich gegangen seien; wie schädlich der österreichische Agrarprotektionismus gemerkt habe, zeige der Rückgang der Ausfuhr von 1929—1932, von 783 000 auf 169 000 Schweine.

Österreich habe ferner 10—15 % der polnischen Gierausfuhr übernommen, ferner bei einem Monatsverbrauch von 100—120 000 t Kohle rund 15 % der polnischen Kohlenausfuhr. Dabei sei zu bedenken, daß hier — zum Unterschied von der Desiglausfuhr nach Schandinavien — die polnischen Kohlengruben Gewinne erzielt hätten. Allerdings sei auch hier infolge der erhöhten Konkurrenz Deutschlands und der Tschechoslowakei ein Rückgang zu verzeichnen gewesen: von 3,5 Millionen t 1929 auf 1,8 Millionen t 1932 (0,4 Millionen t im 1. Halbjahr 1933), von 55 % der österreichischen Einfuhr im Jahre 1928 auf 40 % im Jahre 1932.

Der Import Polens aus Österreich habe dagegen zu 70—80 % aus Industrieerzeugnissen aller Art bestanden.

In der Entwicklung der polnisch-österreichischen Handelsbeziehungen seien deutlich drei Etappen zu unterscheiden: 1. die Zeit von Kriegsende bis 1925, bis zum Abschluß des ersten Handelsvertrages auf Grund der Westbegünstigungsklausel, 2. die Zeit bis 1925 bis zum Ausbruch des deutsch-polnischen Volkskrieges, in der bis zu den gegenseitigen Handelsbeziehungen konsolidiert hätten, 3. die Zeit von 1925 bis zum Abschluß des vorliegenden Vertrages, in der mehrere provisorische Abkommen, besonders das Abkommen vom Februar 1932 über die Zuhilfenahme fester Einfuhrkontingente für die Einfuhr von Viehzuchtprodukten, abgeschlossen worden seien.

Die jetzt beendeten Verhandlungen hätten sich über 11 Monate erstreckt, der Abschluß des Vertrages sei gründlich vorbereitet gewesen durch die Unterhandlungen der im April 1932 auf Initiative der polnischen Handelskammern gebildeten polnisch-österreichischen Studienkomitees. Dabei sei der leitende Gedanke für die polnische Seite gewesen, daß

„die Aufrechterhaltung bzw. Stärkung unserer Position auf dem österreichischen Markt — hauptsächlich bei dem Export von Viehzuchtprodukten und Kohle — sich nur erreichen läßt durch gewisse Sonderkonzessionen zugunsten des österreichischen Industrie-Exports nach Polen. In Verbindung damit müßte man intensivere Umstellung eines Teils unseres Imports von den Ländern, die unserem Export besondere Hindernisse bereiten, auf Österreich anstreben.“

In diesem Sinne seien gegenseitig die (hier nur ganz flüchtig erwähnten) Kontingente für die Einfuhr polnischer Schweine und Kälber bzw. die Zollermäßigungen für österreichische Industrie-fabrikate festgelegt worden.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 249, 30. 10. 1933; Nr. 250, 31. 10. 1933.]

Polnisch-russische Handelsvertragsverhandlungen!

Entsprechend der politischen Annäherung zwischen Polen und der Sowjetunion haben auch die wirtschaftlichen Beziehungen dieser beiden Staaten in letzter Zeit eine recht erhebliche Belebung erfahren. Wie bereits früher (Nr. 1, S. 4*) berichtet wurde, sind diese Beziehungen anfangs Oktober durch ein bis zum 1. 4. 1934 gültiges Zoll- und Kontingentsabkommen geregelt worden. Zur weiteren Aktivierung der polnischen Ausfuhr begibt sich Ende Oktober eine Delegation des polnischen Handelsrats, vorwiegend der Bekleidungs-, Metall- und Lederindustrie im Gebiet des ehemaligen Kongresspolens, nach Rußland („J. K. C.“ Nr. 294, 23. 10. 1933; „Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 290, 18. 10. 1933). Gleichzeitig werden Vertreter der ostbaltischen Industrie nach Moskau reisen und versuchen, für das kommende Wirtschaftsjahr weitere russische Bestellungen für die Häftenindustrie Ost-Oberbaltens, die auf Grund des oben erwähnten Abkommens rund 150 000 t Walzeisen nach Rußland liefern, zu erlangen.

Im Zusammenhang mit diesen Erklärungen erwähnt die polnische Presse die Möglichkeit, daß — eventuell schon in nächster Zukunft — zwischen Polen und der Sowjetunion Verhandlungen über den Abschluß eines umfassenden Handelsvertrages aufgenommen werden sollen.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 248, 28. 10. 1933.]

Ödingen als Hafen für die Tschechoslowakei.

Seit langem ist Polen bemüht, die Tschechoslowakei (s. B. durch Einräumung einer Freihandelszone) fester an den „slawischen Hafen“ zu binden, nicht ohne Erfolg, wie die recht erheblichen Ladungen von und nach der Tschechoslowakei über Ödingen beweisen. Als Ganzes aber erscheinen die Ergebnisse immer noch ungenügend, daher werden die Bemühungen, die Tschechoslowakei für Ödingen, das zum „Hamburg der Rieck“ werden soll, zu interessieren, unermüdlich fortgesetzt. Welcher Mittel sich dabei die polnische Propaganda bedient, erzählt s. B. aus den doppelpragmatischen Werbemaßnahmen, die die „Codzienna Gazeta Handlowa“ bei verschiedenen Anlässen — zur Prager Frühjahrsmesse, zum Jahresfest des Verwalters der Verträge, der in Polen als „Fest des Meeres“ gefeiert wird, kürzlich gelegentlich der Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei — herausgegeben hat.

In dieser letzten Werbemaßnahme führt s. B. der Präsident des Ödingener Häfenverbandes, A. Ciencala, aus: Das Interesse der Tschechoslowakei für Ödingen habe polnische wie wirtschaftliche Gründe, aber erstensbezugweise begänne die Erkenntnis der wirtschaftlichen Interessensverbindung das für die Wirtschaft wenig wirksame Gefühlsmoment der Stammverwandtschaft zu verdrängen. Die einseitige Abhängigkeit von den deutschen Häfen werde von der Wirtschaft der Tschechoslowakei als sehr lästig und wegen der Gefahr der Blockade im Kriegsfall als gefährlich empfunden. Wenn allerdings die Benutzung des Ödingener Hafens durch die Tschechoslowakei bisher immer noch ungenügend sei, so

„nur weil die deutschen Häfen und Bälten einen schärfen Kampf gegen Ödingen führen und ihre Tarisätze auf einen solchen Stand herunterschrauben, daß sie häufig gesunder kaufmännischer Kalkulation nicht mehr standhalten.“

Die Tarifpolitik der polnischen Eisenbahnen habe Ödingen bisher nur Ladungen aus den östlichen Gebieten der Tschechoslowakei sichern können. Wie der erbiterte Tarifkampf zwischen den polnischen und deutschen Bahnen, dessen Ausmaß die Tschechen sehen, enden werde, sei noch nicht zu übersehen; einen Erfolg für Polen könnte wohl nur eine erneute Revision der polnischen Tarife erbringen.

Der Vizepräsident des Ödingener Handelskammer, Dr. Smolien, führt über die „Möglichkeiten tschechoslowakisch-polnischer Wirtschaftskooperation“ aus: Das frühere Hindernis der Zusammenarbeit — der Aktivitäts zugunsten Polens — sei durch die erhöhte Einfuhr tschechischer Industrie-fabrikate nach Polen nahezu verschwunden. Diese aber sei nicht nur durch den Vorstoß deutscher Waren ermöglicht worden, sondern vor allem durch polnische Konfessionen, die den Zweck verfolgten, als Gegenwert tschechische Ladungen für Ödingen zu erlangen.

Der tschechische Nachbar sei bisher vorurteilsgemäß gegen, für Ein- und Ausfuhr deutsche oder italienische Häfen zu benutzen, in beiden Fällen befände die Gefahr der Blockade. Wenn nun die Tschechen daran dächten, statt dieser Häfen Ödgingen zu benutzen, so „wissen sie, daß es uns sehr daran liegt, ihre Ladungen zu erhalten. Daher versuchen sie, bei dieser Gelegenheit die weitgehenden Vorrechte zu erlangen, die wir ihnen schließlich in gewissem Maße werden zubilligen müssen.“

Nachdem Ödgingen bereits manchen Transport für die Tschechoslowakei erledigt habe, sei es jetzt Zeit, festere Grundlagen für diesen Verkehr zu schaffen. Darauf könnten hinwirken: die Errichtung eines tschechoslowakischen Konsulats in Ödgingen, ferner möglichst noch vorher — die Bildung eines tschechoslowakisch-polnischen Handelskomitees, endlich die Errichtung von Samensatzstellen über die Abgabemöglichkeiten tschechischer Waren in Polen, über die Vorteile des Ödginger Hafens für die Tschechoslowakei. Über größte Eile sei notwendig! Daß Polen trotz aller Konferenzen und individuellen Werbe-Aktionen den erhofften Erfolg noch nicht erreicht hat, ergibt sich aus den Darlegungen des 2. Vizepräsidenten der Ödginger Kammer, des Konsuls Wojchowski, betr. die „Wirtschaftliche Expansion der Tschechoslowakei über den Ödginger Hafen“, worin es nach wiederholtem Hinweis auf die Gefahren, die der Tschechoslowakei aus der vorwiegenden Benutzung der deutschen Häfen erwachsen sollen, heißt:

„Es ist allerhöchste Zeit, von platonischen Beteuerungen, die ihre Quelle in der gemeinsamen Stammeszugehörigkeit haben, zu realen Taten überzugehen, die nicht nur den eigenen Vorteil, sondern auch den des Kontrahenten bedenken. Die Staatsraison gebietet den tschechoslowakischen Industriellen, die Abhängigkeit von den deutschen Häfen zu vermeiden, umso mehr als sie seit mehreren Jahren die Möglichkeit besitzen, ihre See-Interessen auf den Häfen des slavischen Brudervolkes zu stützen, das alle Mühe daranwendet, damit die Bedingungen für die Arbeit mit dem Ödginger Hafen nicht bloß die gleichen wie in anderen Häfen, sondern vorteilhafter seien. Die Tschechen haben eine ganze Reihe von Vorteilen, wie konkurrenzfähige Eisenbahnräte, niedrigere Hafengebühren usw. erhalten, und trotzdem gehen Hunderttausende von Tonnen Ladung über Bremen—Hamburg—Stettin-Ladungen, von denen ein bedeutender Teil erfolgreich von Ödgingen bewältigt werden könnte...“

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 231, 8./9. 10. 1933.]

Ablenkung der polnischen Frischfischereieinfuhr nach Hamburg nach Ödgingen.

Die Maßnahmen Polens zur Ablenkung der Seeringseinfuhr nach Ödgingen sind von beachtlichem Erfolg gekrönt worden: neuerdings werden über Ödgingen nicht nur in recht erheblichen Mengen (vom 1. 7. 1932—30. 6. 1933) Salzheringe — für Polen, sowie zum Weiterverkauf j. A. nach der Tschechoslowakei oder Rumänien — eingeführt, sondern auch Frischheringe („grüne Heringe“) zur Konferenz-Verarbeitung. Die bisher ihren Weg ausschließlich über Hamburg genommen haben, über diese erfolgreiche Ausbuchtung Hamburgs hat sich kürzlich der Leiter der Fisch-Rühhalle in Ödgingen, A. Gochowski, u. a. wie folgt geäußert:

Der bisherige Einfuhrweg über Hamburg (von dort über die Landgrenze) habe die aus Norwegen oder England bezogenen Frischheringe unnötig verteuert. Die Bemühungen polnischer Wirtschaftskreise, diese kostspielige deutsche Vermittlung auszuscheiden, würden durch den neuen Zollstrich, der bei der Einfuhr über die Landgrenze die Zölle gegenüber den für die Einfuhr über Ödgingen gültigen Sätzen auf das Vierfache festgelegt habe, sehr gefördert. Zur Abwehr dieser Maßnahme hätten aber die Hamburger Firmen ihren bisherigen Abnehmern in Polen die Rückerstattung dieser Zoll Differenz angeboten bzw. auch vorgeschlagen, die weitesthin von ihnen zu behebenden Heringstransporte zwar über Ödgingen, jedoch erst nach Umladung in Hamburg, einzuführen. Diese — bei einigen Abnehmern, besonders in Finnland, erfolgreichen! — Bemühungen Hamburgs, seine Vermittler-

rolle weiter zu bewahren, seien für Polen durchaus überflüssig, weil durch die Umladung sowohl die Zeitdauer der Transporte als auch ihre Kosten beträchtlich erhöht würden.

„Es ist für uns unverständlich, aus all denjenigen politischen Abnehmern, die das listige, dabei für unsere lebenswichtigen Wirtschaftsinteressen höchst schädliche Spiel der Hamburger Vermittler bisher nicht durchschaut haben, Genehmigungen zur Einfuhr von Frischheringen aus England über Hamburg erteilt werden... Denn alle diese Maßnahmen der Hamburger Vermittler zielen darauf ab, unsere Mühen zur Befreiung von der kostspieligen Vermittlung zunichte zu machen...“

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 245, 25. 10. 1933.]

Möglichkeiten polnisch-norwegischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Seefischerei.

Trotz der schlechten Erfahrungen, die Polen mit dem heute in Ödgingen arbeitenden ausländischen, besonders auch norwegischen Kapital, gemacht hat (vergl. den Bericht in Nr. 3, S. 14*, wozu übrigens die dort genannte Quelle weitere Enthüllungen anhängt! „Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 245, 25. 10. 1933) werden von polnischer Seite unentwegt weitere Versuche zur Förderung der Zusammenarbeit mit norwegischen Wirtschaftskreisen unternommen. Da gegenwärtig der Leiter der Seefischerei-Abteilung im norwegischen Handelsministerium Polen bereit (in Erweiterung des Beschlusses, den kürzlich der Direktor des Fischereidepartements im polnischen Handelsministerium Norwegen abgeschlossen hat), benutzt der Verfasser der früher erwähnten Anklage gegen das in Ödgingen tätige Auslandskapital diese Gelegenheit, um weitere Möglichkeiten einer polnisch-norwegischen Kooperation zu erörtern, j. A. durch Anlage einer Transfischerie in Ödgingen, durch den Bau von Kägen und Kählfahrern für die Einfuhr von Frisch- und Salzheringen, eventuell durch Errichtung von Fischkonservenfabriken in Ödgingen, zumal eine solche engere Zusammenarbeit auch die Aussichten für die polnische Wareneinfuhr nach Norwegen erheblich steigern könnte.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 246, 26. 10. 1933.]

Regulierung der landwirtschaftlichen Verschuldung durch Abtretung von Land für Siedlungszwecke.

Zu den begütertesten unter den polnischen Magnatenfamilien gehören unstreitig die Grafen Jamsowski, in deren Besitz sich mehrere bedeutende, schon seit Jahrhunderten bestehende Fischkommunen, deren größtes nicht weniger als 80 000 ha umfaßt, befinden; und es erregte nicht wenig Aufsehen in Polen, als vor einigen Wochen durch eine besondere Verordnung des polnischen Staatspräsidenten es dem Grafen Moritz Jamsowski gestattet wurde, von dieser größten Herrschaft rund 45 000 ha zur Regulierung der darauf lastenden Schulden abzutrennen. („A. R.“ Nr. 274, 3. 10. 1933.) Dieses Ereignis soll nun nicht vereinzelt bleiben, denn vor kurzem hat der polnische Ministerrat den Vorschlag einer vom Staatspräsidenten zu erlassenden Verordnung mit Gesetzeskraft beschlossen, die folgenden Inhalt haben soll:

Die Regierung wird ermächtigt, zur Deckung von rückständigen Steuern, öffentlichen Abgaben, staatlichen Krediten und — auf Antrag der Gläubiger! — Forderungen staatlicher und privater Banken, sowie öffentlicher Versicherungsinstitute, Land zu übernehmen, sofern dieses zu Gütern von über 200 ha gehört, somit für Siedlungszwecke brauchbar ist, oder es unbaut in Stadtnähe liegt, also für die Stadterweiterung in Frage kommt. Das Verfahren über die zwangsweise Schuldensregulierung durch Landabtretung erfolgt durch die zuständige Finanzkommission auf Entscheidung des Wojewoden, die ergeben kann, falls der Besitzer mindestens ein Jahr mit seinen Leistungen rückständig ist. („Polonia“ Nr. 3251, 27. 10. 1933.) Die Übernahme soll zu einem Wert erfolgen, der ½ der Schätzung für die Staatliche Landwirtschaftsbank (Państw. Bank Rolna) nicht übersteigt. („Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 243, 23. 10. 1933.)

Wie weit diese neue Verordnung, die von sehr großer Bedeutung für die Durchführung der polnischen Siedlungspläne, besonders in den national gemischten Gebieten an der West- und Ostgrenze des polnischen Staates werden kann, Anwendung finden wird, ist allerdings noch nicht abzusehen.